

zu stellt die IPPNW ein Dekontaminationszelt am Berliner Mauerpark auf, um von 11 bis 13 Uhr der Bevölkerung die Hilflosigkeit auch von Ärzten darzustellen, falls in Deutschland tatsächlich ein Super-GAU stattfinden würde. Mit Informationsmaterialien, Geiger-Zähler, Placebo-Jodtabletten und dem geballten ärztlichen Wissen der IPPNW soll Passantinnen und Passanten, deutlich gemacht werden, dass ein Super-GAU auch in Deutsch-

land nicht auszuschließen und die Folgen für Mensch und Umwelt verheerend wären. Tschernobyl und Fukushima mahnen, dies immer und immer wieder auf die Tagesordnung zu bringen. Im geplanten Szenario soll eine Kernschmelze im Berliner Wannsee-Forschungsreaktor (BER-II) simuliert werden: Sonntag, der 26. April, 11 bis 13 Uhr, Platz an der Kreuzung Bernauer/Eberswalder/Oderberger/Schwedter Straße. ●

29 Jahre nach Tschernobyl

Die Fertigstellung des neuen Tschernobyl-Sarkophags ist nicht sichergestellt

Deutschland dringt im Rahmen seiner G7-Präsidentschaft auf eine zügige Fertigstellung des neuen Sarkophags für das zerstörte Atomkraftwerk Tschernobyl in der Ukraine und setzt sich für eine sichere Finanzierung der Baukosten im Rahmen des Chernobyl Shelter Fund (CSF) ein. Das erklärt das deutsche Bundesumweltministerium in einer Pressemitteilung vom 20. März 2015. „Die immer noch radioaktiv strahlende Atomruine muss dauerhaft mittels einer Schutzhülle von der Umwelt abgeschirmt werden“, sagte Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth demnach nach einem Besuch der Baustelle in Tschernobyl. Die Bundesregierung sei weiterhin bereit, ihren Anteil im Rahmen der vereinbarten Lastenteilung in den Fonds einzuzahlen. „Wir erwarten jedoch, dass auch die übrigen Geberländer ihren Anteil beisteuern.“

Deutschland hat bisher rund 90 Millionen Euro in den Tschernobyl-Fonds der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) eingezahlt. Die Bank führt im Auftrag aller Geberstaaten die finanz- und verwaltungstechnische Abwicklung der Projekte in Tschernobyl durch.

Der deutsche Beitrag entspricht nach dem vereinbarten Verteilungsschlüssel 10,6 Prozent des G7/EU-Anteils. Nach den soeben vom Bundeskabinett beschlossenen Eckpunkten für den Bundeshaushalt ist die Bundesregierung bereit, in den nächsten vier Jahren weitere rund 18 Millionen Euro in den Fonds zu geben. Darüber hinaus beteilige sich Deutschland in erheblichem Umfang an dem Beitrag, den die Europäische Kommission in den Fonds einzahle, wird erklärt.

Flasbarth habe sich bei seinem Besuch in Tschernobyl positiv beeindruckt gezeigt vom Stand der Bauarbeiten für die neue Schutzhülle, die über dem havarierten Reaktorblock 4 geschoben werden soll. Dieser „sichere Einschluss“ (New Safe Confinement, NSC) mit 257 Metern Spannweite, 162 Metern Länge und 108 Metern Höhe sei fast fertiggestellt. Er soll die Überführung des Standorts in „einen ökologisch sicheren Zustand“ ermöglichen. Zurzeit würden die zwei nacheinander errichteten Bauhälften des NSC miteinander verbunden. Die weitere Fertigstellung der Verkleidung und die Installation der Innenausrüstung erfolge in sicherer Entfernung vom Sarkophag,

bevor die Hülle in ihre endgültige Position manövriert wird, heißt es.

Die Fertigstellung der Projekte ist zurzeit allerdings nicht sichergestellt, da eine Finanzierungslücke über 615 Millionen Euro bestehe, heißt es in der Mitteilung des Bundes-

Atom Müll

Gorleben soll erste Wahl bleiben

Die Bundesregierung hat die Verlängerung der Veränderungssperre für Gorleben beschlossen und legt sich damit auf diesen Salzstock fest.

Auf Vorschlag von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat das Bundeskabinett am 25. März 2015 die Verlängerung der Veränderungssperre für den Salzstock Gorleben bis zum Jahr 2025 beschlossen. Der Bund sei nach dem Standortauswahlgesetz verpflichtet, den Salzstock Gorleben unter Gewährleistung aller rechtlichen Erfordernisse offenzuhalten, solange er nicht im Auswahlverfahren für die Suche nach einem Standort zur Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle ausgeschlossen wurde, erklärte das Bundesumweltministerium in einer Mitteilung an die Presse vom selben Tag.

Die ursprüngliche Veränderungssperre für Gorleben aus dem Jahr 2005 war auf 10 Jahre befristet und tritt am 16. August 2015 außer Kraft. Der neuen Verordnung muss noch der Bundesrat zustimmen.

Frau Hendricks machte dazu sich widersprechende Aussagen: Die Verlängerung der Veränderungssperre sei „keine Vorfestlegung auf den Standort Gorleben“. Kein Endlagerstandort sei „gesetzt, aber auch keiner von vornherein ausgenommen“. Sobald im weiteren Verfahren „andere oder weitere Erkundungsstandorte festgelegt werden“, seien auch dort Veränderungssperren zu erlassen. Das sehe

umweltministeriums. Um die Schließung dieser Lücke werde es am 29. April 2015 auf einer Geber-Konferenz gehen, die von Staatssekretär Flasbarth im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft geleitet werden soll. ●

das Standortauswahlgesetz ausdrücklich vor. Sie betone auch „ausdrücklich, dass die Gorlebenveränderungssperre keine Ungleichbehandlung von Gorleben gegenüber möglichen anderen Standorten ist“. Die Auswahl solle „einzig und allein nach wissenschaftlichen Kriterien erfolgen, die vor allem in der von Bundestag und Bundesrat eingesetzten Endlagerkommission erarbeitet werden“.

Tatsächlich befinden sich in der Endlagerkommission des Deutschen Bundestages keine Wissenschaftler. Keiner der von den Parteien als „Vertreter der Wissenschaft“ benannten Männer in dieser Kommission ist als solcher ausgewiesen. Wissenschaftliche Expertise im Strahlenschutz besitzt dort niemand. [1]

Hoffen auf das Verwaltungsgericht

Mit einem Eilantrag beim Verwaltungsgericht Lüneburg wollte Greenpeace zuvor verhindern, dass sich die Bundesregierung in der Endlagersuche weiter vorab auf Gorleben festlegt. „Die Bundesregierung muss beweisen, dass sie die ergebnisoffene Endlagersuche ernst nimmt und sich von Gorleben verabschiedet“, sagt Mathias Edler, Atomexperte von Greenpeace. „Bleibt die Sperre bestehen, wird eine unabhängige Suche vollends

zur Farce. Denn dieses Verbot existiert an keinem der anderen möglichen Standorte.“

Bereits vor einem Jahr wollte Greenpeace zusammen mit der Familie des Gorlebener Grundeigentümers Fried Graf von Bernstorff gerichtlich feststellen lassen, dass die geltende Veränderungssperre aufgehoben wird. Doch das Lüneburger Verwaltungsgericht hat dafür bisher keinen Verhandlungstermin angesetzt. Stattdessen hatte Bundesumweltministerin Hendricks es nun eilig mit dem Fortbestand der Sperre. Mitte Februar verschickte ihr Ministerium einen Entwurf an Greenpeace und andere Umweltverbände. Diese wurden mit einer Frist von lediglich 14 Tagen zu Stellungnahmen aufgefordert. Eine von Greenpeace beantragte Fristverlängerung für eine gründliche juristische Prüfung lehnte das Umweltministerium mit der Begründung der „Eilbedürftigkeit des Vorhabens“ ab.

„Die Bundesregierung darf mit dem Erlass einer neuen Verordnung für Gorleben keine Tatsachen schaffen, bevor das Gericht über unsere Klage überhaupt verhandeln kann“, sagt Mathias Edler. Laut Rechtsanwalt Dr. Ulrich Wolleleit würde dies den Rechtsschutz der Grundeigentümer in Gorleben aushebeln. Zudem sei es rechtlich zwingend, die alte Gorleben-Sperre aufzuheben. Als die Erkundung des Salzstocks eingestellt wurde, sei das für die Veränderungssperre notwendige Sicherheitsbedürfnis entfallen.

Das Standortauswahlgesetz verlange, Gorleben so zu behandeln wie alle anderen möglichen Endlagerstandorte in der Bundesrepublik auch, erklärt Greenpeace. Mit der Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes im Juli 2013 wollte der Deutsche Bundestag angeblich eine ergebnisoffene, neue Endlagersuche auf Basis einer „weißen Landkarte“ beginnen und die alte Vor-

festlegung auf Gorleben als Endlager aufgeben.

Die Debatte in der Endlagerkommission klammert die geologischen Schwachstellen und Einwände aus. Es gibt eine grundsätzliche Debatte zur Frage, ob Salz als Wirtsgestein als Endlager für hochradioaktive Abfälle geeignet ist. Und es gibt eine standortspezifische Debatte, die in den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Gorleben mündete. [2]

Akzeptanz wurde in den Standortgemeinden durch die Gorleben-Gelder hergestellt, Klagerechte für die Allgemeinheit gab es nicht, Öffentlichkeitsbeteiligung war ein Fremdwort, und trotzdem blieb Gorleben im Topf möglicher Standorte und soll es nach dem Willen der Politik weiter bleiben. [3]

Bürgerinitiative setzt auf Klage gegen die Veränderungssperre

Die Gorleben-Gegnerinnen und -Gegner sehen in dem Beschluss der Bundesregierung eine politische Bankrotterklärung. „Statt einer weißen Landkarte bei der angeblich neuen Endlagersuche wird der Salzstock als Regierungsfavorit für ein nukleares Endlager gehandelt“, heißt es seitens der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI), die sich seit 38 Jahren dagegen zur Wehr setzt, im Salzstock Gorleben-Rambow mit seinen bekannten Sicherheitsmängeln eine Atommülldeponie einzurichten.

„Mit dem Beschluss des Bundeskabinetts soll gegenüber den Bundesländern signalisiert werden, dass der Kelch an ihnen vorbeigehen wird“, ist sich BI-Sprecher Wolfgang Ehmke sicher. Die Arbeit der Endlagerkommission des Bundestages werde mit dieser Festlegung auf Gorleben völlig entwertet.

„Barbara Hendricks‘ Beteuerungen, kein Standort sei bei der Endlagersuche gesetzt und

auch keiner von vornherein ausgenommen, wird durch diese Entscheidung konterkariert“, so Ehmke, „denn natürlich ist allein Gorleben gesetzt, eine Veränderungssperre an anderen potentiellen Standorten gibt es nicht.“

Im Standortauswahlgesetz wurde jedoch festgeschrieben, dass Gorleben „wie jeder andere in Betracht kommende Standort“ am Verfahren teilnehmen soll, betont die BI. Die Hoffnung der BI richtet sich jetzt auf das Eilverfahren, dass Fried von

Atommüll

Die Endlagerkommission erstickt Beteiligungsgelüste

Bürgerinitiative fordert Transparenz

Transparent und ergebnisoffen sollte die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle vorstattengehen. Im Juni dieses Jahres will die Endlagerkommission die interessierte Öffentlichkeit zu einer Tagung über Öffentlichkeitsbeteiligung nach Berlin einladen. Doch nicht einmal die Kommissionsmitglieder sind mit der Vorbereitung befasst, darauf weist die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg e.V. (BI) in einer Mitteilung hin.

Seit knapp einem Jahr tagt die 32-köpfige Endlagerkommission in Berlin unter dem alternierenden Vorsitz von Michael Müller (SPD) und Ursula Heinen-Esser (CDU). Doch Transparenz, eines der Zaubervorte bei dem angeblichen Neustart der Endlagersuche, wird in der Kommission klein geschrieben.

Während Untergruppen zur Öffentlichkeitsbeteiligung, der Evaluation des Gesetzes und zu den geologischen Anforderungen an ein Endlager gerade erst Tritt gefasst haben, arbeitet bereits jetzt eine Gruppe am Abschlussbericht, die Ad-hoc Arbeitsgruppe „Leitbild“. Gleichzeitig wurde die Vorbe-

bernstoff und Greenpeace gegen die Verlängerung der Veränderungssperre vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg angestrengt haben.

1. vergl. „Mitglieder der Endlagerkommission eingesetzt“, Strahlentelex 656-657 v. 1.5.2014, S. 2, www.strahlentelex.de/Stx_14_656-657_S01-04.pdf

2. Basisinformationen dazu unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=9954>

3. siehe: http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?page_id=13281

reitung für eine öffentliche Veranstaltung im Juni 2015, auf der über die Notwendigkeit der Öffentlichkeitsbeteiligung diskutiert werden soll, aus der Kommission ausgelagert, erfuhr die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg.

Jörg Sommer, der für die Deutsche Umweltstiftung einen der 32 Kommissionssitze einnimmt, beklagt massiv die Intransparenz der Arbeit. Sommer schreibt in seinem Blog zur Ad-hoc-Gruppe und der Vorbereitung der Juni-Veranstaltung: „Der gemeine Bürger erfährt aber weder vor noch nach den Terminen etwas über Ort und Datum der Treffen – und schon gar nicht über die dort ausgehandelten Inhalte.“ Sowohl die Kommissionsmitglieder als auch die Öffentlichkeit blieben außen vor.¹

Diese Ad-hoc Arbeitsgruppe, die in keiner Geschäftsordnung beschlossen wurde, deren Zusammensetzung nicht öffentlich ist, deren Tagesord-

¹ <http://antiatomblog.blogspot.de/2015/03/diese-kommission-brauchen-die-burger.html>